



Berlin-Brief Nr. 351

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche
von Josip Juratovic MdB

02. Februar 2024



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

in dieser Woche haben wir den Bundeshaushalt 2024 abgeschlossen und beenden so die vorläufige Haushaltsführung. Damit bringen wir viele Förderprogramme wieder zum Laufen und schaffen Planungssicherheit für Unternehmen. Wir sorgen weiter

sowohl für innere, für äußere und für soziale Sicherheit. Einen Abbau des Sozialstaats gibt es mit uns nicht! Wir lassen die Bürger*innen auch in schwierigen Zeiten nicht alleine.

Was uns in diesen Wochen allen wieder klar wird: Demokratie gibt es nicht umsonst. Sie kostet den Menschen in unserem Land Zeit im ehrenamtlichen Engagement und tagtäglichem persönlichen Einsatz für demokratische Werte. Aber vor allem auch der Staat muss seinen Teil leisten, um Demokratie zu wahren und auszubauen. Dies gelingt uns mit diesem Bundeshaushalt.

Wir investieren in unsere innere und äußere Sicherheit, um unsere Demokratie vor ihren Feinden, von innen und von außen, zu schützen. Wir investieren aber auch in soziale Sicherheit und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, damit Arbeitsplätze erhalten werden, aber eben auch viele neue Arbeitsplätze entstehen können. Denn nur, wenn es Deutschland auch wirtschaftlich gut geht, entziehen wir den Feinden der Demokratie ihren Nährboden. Nur ein technologisch modernes und sozial gerechtes Deutschland, das auf dem Weg zur Klimaneutralität die Menschen mitnimmt und nicht zurücklässt, wird auch ein demokratisches Deutschland sein. Wir investieren in ehrenamtliches Engagement, wie etwa über die Freiwilligendienste. Wir investieren allein 100 Millionen Euro in den Kampf gegen Antisemitismus. Die Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung nehmen wir zurück. Gleichzeitig sichern wir auch zukünftig Investitionen in unsere Kommunen ab, also dort, wo Demokratie und Politik am unmittelbarsten spürbar werden. **Demokratie gibt es nicht umsonst.**

Vor 79 Jahren – am 27. Januar 1945 – wurden die Überlebenden im KZ Auschwitz befreit. Die dort und in den vielen anderen Konzentrationslagern stattgefundene industrielle Vernichtung von Menschen ist ein historisch beispielloses Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Bereits am Samstag haben wir anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus an vielen Orten der Millionen Ermordeten gedacht. Im Bundestag fand in dieser Woche eine Gedenkstunde statt.

Auch heutzutage gibt es Menschen in Deutschland, die unsere plurale Gesellschaft und unseren demokratischen Rechtsstaat zerstören wollen. Diesen Menschen und ihrer völkischen Ideologie stellen wir uns entschieden immer und überall entgegen – das ist gemeinsame Aufgabe und Verantwortung aller demokratischen Parteien. Ich bin stolz und beeindruckt, dass die Mehrheit im Land nun in Ost und West auf die Straße geht und zeigt: Wir sind gegen Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus – und für eine freie und demokratische Gesellschaft, in der Menschen unabhängig von Aussehen und Herkunft leben können. **Wir sind mehr!**

Unsere Demokratie ist wehrhaft und unser Grundgesetz hat Instrumente, um sie zu schützen und zu verteidigen. Das Verbot, Parteien zu finanzieren, die eine Gefahr für unsere Demokratie und Verfassung sind, ist eines davon. Prüfverfahren, ob Parteien auf dem Boden der Verfassung stehen oder an der Abschaffung unserer Demokratie arbeiten, sind ein weiteres Instrument. Hier gibt es zu Recht hohe Hürden. Vereine können durch das Innenministerium verboten werden, wenn nachgewiesen ist, dass sie verfassungsfeindlich agieren. Außerdem will Bundesinnenministerin Nancy Faser im Kampf gegen Rechtsextremismus einen verstärkten Fokus auf persönliche und finanzielle Verbindungen in rechtsextreme Kreise richten.

Nicht nur in Deutschland setzen wir uns für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein, sondern auch in der Europäischen Union. Als Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments hat sich Katarina Barley immer wieder stark gemacht für ein entschlossenes Vorgehen gegen die Verletzung rechtstaatlicher Prinzipien. Auf unserem Europaparteitag am vergangenen Sonntag wurde Katarina nun zur SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahlen am 9. Juni gewählt. Beschlossen wurde auch die Liste mit vielen starken, motivierten und motivierenden Kandidat*innen sowie das

Wahlprogramm unter dem Titel „Gemeinsam für ein starkes Europa“. Lasst uns also gemeinsam für ein gutes Ergebnis kämpfen, damit Populist*innen jeglicher Couleur bei dieser für Europa so entscheidenden Wahl keine Chance haben.

Ihnen und Euch wünsche ich eine schöne Faschingszeit und ich freue mich auf interessante Begegnungen im Wahlkreis.

Ihr/ Euer



Termine

**02.
FEB**

Mitgliederversammlung SPD Neckarsulm
Neckarsulm

**03.
FEB**

150 Jahre SPD Heilbronn mit Kevin Kühnert
Heilbronn

**03.
FEB**

Demo gegen Rechts (ab 16 Uhr)
Marktplatz, Bad Wimpfen

**04.-
09.
FEB**

Delegationsreise der Parlamentariergruppe Südosteuropa
Albanien, Nordmazedonien, Kosovo

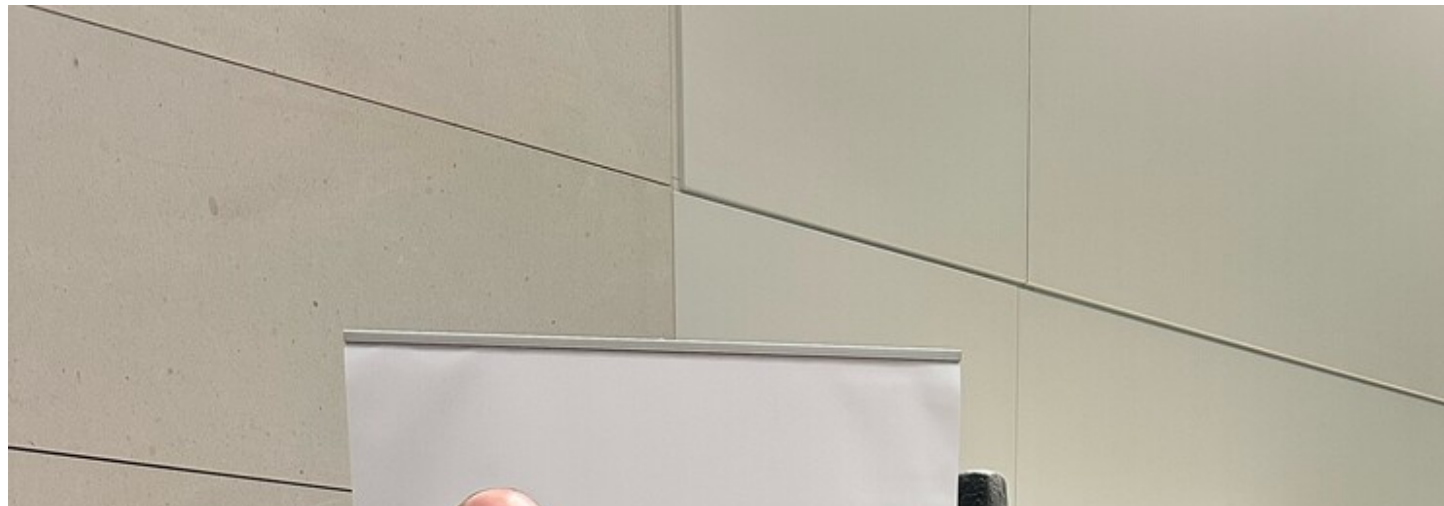
**16.
FEB**

Mitgliederversammlung der Südosteuropa Gesellschaft
München

**19.-
23.
FEB**

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag
Berlin, Bundestag

Bild der Woche



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten?

[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)